

Neue Politische Ökonomie in der Geschichte: vom Dialog der Taubstummen zum interdisziplinären Gespräch

Marx, Johannes; Frings, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Marx, J., & Frings, A. (2007). Neue Politische Ökonomie in der Geschichte: vom Dialog der Taubstummen zum interdisziplinären Gespräch. *Historical Social Research*, 32(4), 7-17. <https://doi.org/10.12759/hsr.32.2007.4.7-17>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Neue Politische Ökonomie in der Geschichte: Vom Dialog der Taubstummen zum interdisziplinären Gespräch

Johannes Marx & Andreas Frings *

Abstract: »*New Political Economy in History: From the dialogue of the deaf to interdisciplinary cooperation*«. The cultural turn has reached Political History; German scholars focusing on political history are trying to reconceptualise political history as “history of the political”. They are receptive to theories, methods and concepts from other disciplines. Still, there is a remarkable desideratum in this search for theories that may be related to historical research: Theories and methods discussed in the empirical-analytical branch of political science that is systematically concerned with political phenomena are seldom discussed and applied to historical phenomena. There are however several exceptions to this rule. Some social scientists have applied rational choice theory and considerations from new political economy to history in recent years. This issue of *Historical Social Research* is intended to contribute to this bridging of Political Science and History. It presents case studies applying rational choice considerations (mainly new political economy and public choice theories) to history as well as methodologically interested articles discussing chances and limits of this interdisciplinary endeavour.

* Address all communications to: Johannes Marx, Institut für Politikwissenschaft, Abt. Systemanalyse und Systemvergleich, Universität Mainz, Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55128 Mainz, Germany; e-mail: jmarx@uni-mainz.de; URL: http://www.politik.uni-mainz.de/cms/941_DEU_HTML.php; Andreas Frings, Fachbereich 07 Geschichts- und Kulturwissenschaften, Historisches Seminar, Universität Mainz, 55009 Mainz, Germany; e-mail: afdings@uni-mainz.de; URL: <http://www.uni-mainz.de/FB/Geschichte/Osteuropa/182.php>.

Ausgangspunkt

Die Politikgeschichte ist ins Gerede gekommen. Lange Zeit als Bastion einer traditionell orientierten Geschichtswissenschaft gelobt oder kritisiert, wird sie nun in vielfältiger Weise diskutiert, erneuert oder gar neu begründet. In ganz unterschiedlicher Weise bemühen sich Historiker, die Geschichte politischen Handelns mit neuen theoretischen und methodischen Überlegungen zu erweitern oder gar grundlegend neu zu fundieren. Dabei schauen sie weit über die traditionellen Grenzen der Disziplin hinaus und bemühen sich, in anderen Disziplinen Zugänge zu identifizieren, die es ihnen möglich machen, die Geschichte des politischen Handelns neu anzugehen.

Auffällig ist, dass sie sich bei dieser Suche selten an konkreten Problemen orientieren, die sie lösen möchten und mit den bisherigen Zugängen nicht lösen können. Stattdessen nimmt man den ‚cultural turn‘ in den Geisteswissenschaften als Ausgangspunkt für eine weitgehende Neuorientierung der Politikgeschichte. Entsprechend wird die Politikgeschichte nun „Kulturgeschichte des Politischen“ oder „Neue Politikgeschichte“ genannt. Die verwendeten Referenzkonzepte stammen aus den Bereichen der Ethnologie, der Soziologie oder der kontinentalen Philosophie. Sie sind fast durchweg einem im weitesten Sinne „verstehenden“ Forschungsansatz zuzurechnen. „Kultur“ als Leitbegriff mag zwar zunächst unscharf scheinen. Hierunter werden Lebensweisen, Verhaltensformen, Praktiken, Mentalitäten, Emotionen, Normen, Wertsysteme und Denkformen ebenso verstanden wie die Hervorbringungen menschlicher Tätigkeiten. Das gemeinsame Interesse fast aller Ansätze, die dieser Neuausrichtung zuzurechnen sind, richtet sich über die objektiv gegebenen, messbaren Strukturen hinaus auf die (inter-)subjektive Weltwahrnehmung und -deutung und deren Einbindung in Medien, Artefakten und Kommunikationsmustern.

Diese Öffnung der Politikgeschichte ist zunächst zu begrüßen. Sie erweitert den Gegenstandsbereich der Politikgeschichte und die Perspektive des Historikers. Durch die einseitige Orientierung an Referenzkonzepten der Kulturwissenschaften wird jedoch der Brückenschlag zur empirisch-analytischen Politikwissenschaft, d.h. zu jener *erklärenden*, systematisch mit Politik beschäftigten Sozialwissenschaft wirksam verhindert. Um einen solchen Brückenschlag wollen wir uns in diesem Sonderband bemühen. Das mangelnde Interesse an politikwissenschaftlichen Theorien mag dem Unbehagen gegenüber einer vermeintlich positivistischen Vorgehensweise verschuldet sein. So arbeiten empirisch-analytische Politikwissenschaftler meist deduktiv-nomologisch, fühlen sich häufig dem Kritischen Rationalismus oder einer jüngeren Variante der analytischen Wissenschaftstheorie verpflichtet und konstruieren Theoriemodelle, die auf nomologischen Hypothesen fußen. Historiker jedoch haben, von Ausnahmen wie Vertretern der Historischen Sozialforschung abgesehen, seit jeher Schwierigkeiten mit nomologischen Annahmen, zumal wenn sie im Ge-

wand einer gegenwartsorientierten Forschung auftreten, deren Begrifflichkeiten nicht ohne Mühe auf vergangene Sachverhalte zu übertragen sind.

Und tatsächlich ist die Anwendung solcher Theorien mitunter mühsam, das Vokabular sperrig und nicht ohne Aufwand auf historische Sachverhalte zu übertragen. Aber diese Einwände können auch gegen die Sprache Michel Foucaults oder Pierre Bourdieus eingewandt werden, die in der Historiographie gleichwohl breit rezipiert worden sind. Ihre dortige Verwendung spricht für den Ausbau des Bemühens, sozialwissenschaftliche Theorien auf das Feld der Geschichte zu übertragen. Das vorliegende Themenheft *Neue Politische Ökonomie in der Geschichte/ New Political Economy in History* der Zeitschrift *Historical Social Research/ Historische Sozialforschung* soll daher einen ersten Versuch darstellen, historische Analysen, die auf Überlegungen der empirisch-analytischen Politikwissenschaft, insbesondere ihres handlungstheoretisch fundierten Teiles (oft unter den Begriffen „Rational Choice“ oder „Neue Politische Ökonomie“ zusammengefasst), fußen, vorzustellen. Auf diese Weise soll die Diskussion um die Neuorientierung der Politikgeschichte erweitert werden, um sowohl Historiker für die Theorien, Methoden und Denkweisen der empirisch-analytischen Politikwissenschaft zu interessieren als auch Politik- und andere Sozialwissenschaftler auf das Potential historischer Analysen für ihre eigene Theorieentwicklung aufmerksam zu machen. Der viel zitierte „Dialog der Taubstummen“ findet heute nicht mehr länger zwischen Politik-, Sozial- und Kulturhistorikern des Politischen, sondern tatsächlich zwischen Historikern und Politikwissenschaftlern (im weiteren Sinne: zwischen Historikern und – mit Ausnahme Pierre Bourdieus – empirisch-analytisch arbeitenden Sozialwissenschaftlern) statt. Taubstumme sowohl zum Reden als auch zum Hören zu bringen, wäre somit das Ziel dieses Themenheftes.

Unzweifelhaft hat es dieses Gespräch in den letzten Jahren und Jahrzehnten in einem engen Rahmen gegeben. Die Historische Sozialforschung hat sich um den Transfer sozialwissenschaftlicher Theorien in die Geschichtswissenschaft bemüht und auch Sozialwissenschaftler haben immer wieder historische Analysen veröffentlicht, denen theoretische, methodische und andere konzeptuelle Überlegungen der empirisch-analytischen Sozialwissenschaften zugrunde lagen. Zu ihnen gehören so bekannte Soziologen wie Siegwart Lindenberg, Ökonomen wie Douglass C. North, Paul Milgrom, Jean-Laurent Rosenthal, Avner Greif und Politikwissenschaftler wie Bueno de Mesquita, Margaret Levi, Barry R. Weingast, Elinor Ostrom, Robert H. Bates, Rui de Figueiredo, Paul Pierson und Jack S. Levy.¹ Zumeist greifen die Autoren auf historische Sach-

¹ Gelungene Brückenschläge über die Disziplingrenzen hinweg finden sich bei Lindenberg (1989), North (1981, 1990; North/Thomas 1971; North/Weingast 1989; Milgrom/North/Weingast 1990), Milgrom (Milgrom/North/Weingast 1990; Greif/Milgrom/Weingast 1994), Rosenthal (1992; 1998; Hoffman/Postel-Vinay/Rosenthal 2000), Greif (1994, 1998, 2006, Greif/Milgrom/Weingast 1994). Politikhistorisch interessant sind auch die Arbeiten von Levi (1988, 1997, 1998; Levi/Bates 1988), Bueno de Mesquita (2000), Weingast (1995; Bates/de Figueiredo/Weingast 1998; de Figueiredo/McFaul/Weingast 2007; de Figueiredo/

verhalte zurück, um an diesen ausgewählten empirischen Beispielen eine theoretische Überlegung in besonders prägnanter Weise vorzuführen. Im Vordergrund dieser Arbeiten steht zwar ein nomologisches Interesse, das jedoch anhand historischer Beispiele illustriert wird. Tatsächlich war und ist eine solche historische Orientierung nicht der *mainstream* in der empirisch-analytischen Sozialwissenschaft. Sie ist allerdings auch nicht randständig, was die breite Rezeption der Aufsätze der genannten Sozialwissenschaftler durch ihre Kollegen belegen mag. Historiker haben diese Studien in der Regel kaum wahrgenommen.

Der Themenband *Neue Politische Ökonomie in der Geschichte/ New Political Economy in History* soll daher den Brückenschlag zwischen den historisch und den empirisch-analytisch orientierten Disziplinen wagen. Er stellt Beiträge vor, in denen Historiker, Politikwissenschaftler und Ökonomen Theorien der empirisch-analytischen Politikwissenschaft in historischen Untersuchungen zur Anwendung bringen und thematisieren, inwiefern diese Übertragungen fruchtbar sind und an welche Grenzen sie stoßen. Auf diese Weise soll die Diskussion um die Neue Politikgeschichte, die bisher eher Grabenkämpfen ähnelt, in eine Richtung geführt werden, die vom Ringen um bessere Erklärungen und damit um theoretische Ansätze mit höherer Erklärungskraft geprägt ist. Das damit einhergehende kompetitive Verständnis von konkurrierenden Theorien soll gleichzeitig den „fröhlichen Eklektizismus“ der gegenwärtigen Diskussionen aufbrechen.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, wurden alle Beiträger gebeten, die theoretischen und methodischen Überlegungen, die ihren Studien zugrunde liegen, explizit und in der nötigen Ausführlichkeit darzustellen. Wir halten dies für notwendig, um zum einen der etwas beliebig wirkenden Wahl theoretisch anmutender Begrifflichkeiten zu entkommen, die man einer mitunter zu essayistisch verfahrenen Kulturgeschichte (manchmal sicher zu Recht) vorgeworfen hat, und um zum anderen jene Kritisierbarkeit herzustellen, die der Motor wissenschaftlichen Fortschritts ist. Dabei formulieren die Autoren mitunter Einschränkungen und Grenzen ihres eigenen Ansatzes mit. Andere vergleichen ihren eigenen Ansatz explizit mit traditionelleren Verfahren, um so die Stärken ihres eigenen Zugangs deutlicher herauszuarbeiten.

Dem Konzept dieses Themenbandes entsprechend handelt es sich durchweg um Beiträge, die Rational Choice in der Analyse politikhistorischer Sachverhalte anwenden, die Stärken und Grenzen spieltheoretischer Modellierungen für historische Fragestellungen diskutieren, Überlegungen der Neuen Poli-

Rakove/Weingast 2006; Greif/Milgrom/Weingast 1994; Milgrom/North/Weingast 1990; North/Weingast 1989), Ostrom (1990), Bates (1997, 1998; Bates/de Figueiredo/Weingast 1998; Levi/Bates 1988), de Figueiredo (Bates/de Figueiredo/Weingast 1998; de Figueiredo/McFaul/Weingast 2007; de Figueiredo/Rakove/Weingast 2006), Pierson (2000, 2004) und Levy (1990-1991, 2005). Zu einer Historischen Politischen Ökonomie des Mittelalters und der Frühen Neuzeit im deutschsprachigen Raum vgl. Volckart 2002a, 2002b.

schen Ökonomie und Methoden der Institutionenökonomie in historischen Untersuchungen politischer Prozesse zur Anwendung bringen oder allgemeine Erklärungsmodelle einer prozessorientierten Politikwissenschaft, wie sie im Begriff der „Pfadabhängigkeit“ zum Ausdruck kommen, am historischen Beispiel exemplifizieren. Dem Profil der *Historical Social Research/ Historische Sozialforschung* entsprechend geht es damit um theoretisch und methodisch reflektierte und empirisch gehaltvolle Analysen politikhistorischer Prozesse, die die Stärken und Grenzen des jeweiligen Zugriffs an einem politikhistorischen Sachverhalt explizieren. Der Formalisierungsgrad der Argumentation mag dabei von Analyse zu Analyse variieren; die Orientierung an deduktiv-nomologischen Erklärungskonzepten und einer im weitesten Sinne „ökonomischen“ Methodik ist jedoch allen Analysen gemeinsam.

Beiträge

Der Band gliedert sich in zwei Teile mit unterschiedlichen inhaltlichen Gewichten. Ein erster Teil mit methodischem Schwerpunkt diskutiert die Frage der Übertragbarkeit ökonomischer Theorien auf politikhistorische Sachverhalte und fragt nach dem Nutzen polit-ökonomischer Erklärungsstrategien für die Geschichtswissenschaft. Im zweiten Teil werden historische Sachverhalte aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie betrachtet. Hier steht die Anwendung ökonomischer Methoden auf ausgewählte historische Sachverhalte im Vordergrund.

Im methodischen Teil diskutiert *Johannes Marx* zunächst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Geschichts- und Politikwissenschaft und fragt nach Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit. Ausgangspunkt für seine Untersuchung sind die in der Literatur zu findenden Gegensätze, die man den Disziplinen idealtypisch zuschreibt. Es wird argumentiert, dass diese Gegensätze nicht fundamentaler Natur sind. Trotzdem ist die gegenseitige Rezeption nur gering ausgeprägt. Historische Arbeiten werden wenn überhaupt zur Absicherung empirischer Sachverhalte genutzt, sozialwissenschaftliche Theorien nur in seltenen Fällen systematisch in historischen Analysen eingesetzt. Historische Analysen leisten jedoch mehr als eine Erweiterung der Datenbasis; sie lenken den Blick auf Phänomene, für deren Erklärung eine klare Prozessorientierung notwendig ist. Eine rein synchron ausgerichtete Politikwissenschaft verschließt sich systematisch Erkenntnismöglichkeiten, die erst durch eine historische Perspektive sichtbar werden. Umgekehrt systematisiert eine theoretische Orientierung historisches Arbeiten und macht deren Ergebnisse anschlussfähig für die Sozialwissenschaften.

Andreas Frings fragt nach dem Potential der empirisch-analytischen Politikwissenschaft für die Neuausrichtung der Politikgeschichte, Ausgehend von teilweise eher fruchtlosen, teilweise aber auch neue Perspektiven eröffnenden

Diskussionen über die Neuausrichtung der „Kulturgeschichte des Politischen“ plädiert er für einen engeren Austausch mit der empirisch-analytischen Politikwissenschaft, vor allem mit dem Rational-Choice-Forschungsprogramm. Das ermöglicht die Integration von Erklärungsmodellen aus dem Bereich der Politischen Ökonomie oder der Institutionenökonomik, verändert aber auch die Sicht auf klassische kulturwissenschaftliche Gegenstände wie Diskurse oder Semantiken.

Karsten Weber fragt im Anschluss, inwiefern Simulationen mit Hilfe von Computern historische Prozesse rekonstruieren helfen können. Die Tatsache, dass es auch in der Geschichtswissenschaft Analysen quantitativer Daten gibt und dass hierbei sozialwissenschaftliche und ökonomische Methoden im weiteren Sinne zur Anwendung kommen, legt nahe, dass Computersimulationen bei der historischen Analyse hilfreich sein könnten. Es zeigt sich jedoch, dass ihr Wert nicht in der Erklärung historischer Prozesse liegt, sondern in ihrem heuristischen Potential und in ihrem Vermögen, die inhärenten Schwächen historiographischer Argumente durch konsequente Modellierung aufzudecken.

Ulf Christian Ewert, Mathias Roehl und Adelinde M. Uhrmacher diskutieren am Beispiel von Marktinterventionen zur Bewältigung von Hungerkrisen in vormodernen Gemeinwesen das heuristische Potential von Simulationen für die Rekonstruktion historischer Sachverhalte. Für ihre Simulation konstruieren sie ein idealisiertes Multi-Agenten-Modell der Ökonomie vormoderner Städte, mit dem sie die Wirksamkeit von Wirtschaftsinterventionen zur Bewältigung von Hungerkrisen analysieren. Ihre aus der Simulation abgeleiteten Ergebnisse kontrastieren sie anschließend mit empirisch gewonnenen Daten. Der Beitrag zeigt den Nutzen Rational-Choice-basierter Simulationen zur Konstruktion kontrafaktischer Argumente bei einer nicht ausreichend dichten Quellenlage und diskutiert zugleich die Probleme bei der Anwendung stark idealisierter Modelle.

Bernhard Prosch schließlich zeigt, dass eine der oft mit dem Begriff „Rational Choice“ verbundenen Methoden, die spieltheoretische Modellierung von Interaktionssituationen, Schwierigkeiten bei der Erklärung realweltlicher Phänomene aufweist. Spieltheoretische Modelle von Konfliktsituationen sind nur eingeschränkt erklärungskräftig, weil sie der subjektiven Wahrnehmung der Konflikte durch Beteiligte und Erleidende selten gerecht werden. In spieltheoretischen Experimenten, die mit entsprechenden Rahmengeschichten versehen werden, entscheiden sich die Spieler in anderer Weise als in denselben Spielen mit den gleichen spielinternen Anreizen ohne oder mit anderer Rahmengeschichte. Die Experimente zeigen, dass ein und dieselbe spieltheoretische Situation unterschiedlich interpretiert wird, wenn die Rahmengeschichte eine andere ist. Die Ergebnisse schränken damit die Übertragbarkeit spieltheoretischer Methoden auf historische Sachverhalte ein. Zumindest warnen sie vor dem unreflektierten Gebrauch, der ohne sorgfältige Analyse der Situationswahrnehmungen der beteiligten Akteure auskommt.

Den zweiten Teil der Zeitschrift, der einer exemplarischen Anwendung ökonomischer Methoden gewidmet ist, eröffnet *Daniel Schläppi*. Er überträgt Überlegungen von Elinor Ostrom zur Gemeingutproblematik auf die Eidgenossenschaft. Damit kritisiert er die etablierte Vorstellung, dass die historische Entwicklung der Eidgenossenschaft von einem starken Trend zur Konzentration der Macht bei patrizischen Oberschichten (im Fall der Stadtkantone) oder bei lokalen Honoratiorenschaften (in den Länderorten) und damit von einer Kommunalisierung geprägt wurde. Ein differenzierterer Zugang zeigt, dass alle Mitglieder einer Gemeinde deren Ressourcen als Gemeingut begriffen und das politische Geschehen erst dann angemessen verstanden werden kann, wenn dieser Aspekt systematisch berücksichtigt wird.

Auch die *selectorate theory*, die *Bruce Bueno de Mesquita* maßgeblich mitentwickelt hat, basiert auf dem Konzept des Gemeingutes. Ihr Ziel ist es, das politische Überleben von Machthabern zu erklären. Zentrale Komponenten dieser Theorie sind das *selectorate* (jene Untergruppe der Bevölkerung, die Einfluss auf *policy-outputs* hat) und die *winning coalition* (jener Anteil des *selectorate*, der ausreichend ist, einen politischen Führer im Amt zu halten). Die Politik des belgischen Königs Leopolds II. in Belgien und im Kongo bietet ein gutes Beispiel, um die Hypothesen dieser Theorie zu testen. Es zeigt sich, dass die Annahmen der *selectorate theory* auch in diesem Falle eine hohe Erklärungskraft haben: Den Prognosen der Theorie entsprechend verfolgte Leopold II. in Belgien eine wohlfahrtsorientierte, im Kongo hingegen eine despotisch-ausbeutende, Einzelpersonen begünstigende Politik. Dass dies nicht rassistischen Einstellungen verschuldet ist, zeigt *Bueno de Mesquita* anhand von Mobutu, der aufgrund ähnlicher politischer Konstellationen (*selectorate/winning coalition*) eine vergleichbare Politik der Ausbeutung und Unterdrückung durchführte.

Ulf Christian Ewert zeigt anschließend, wie sich der Blick auf mittelalterliches politisches Handeln in der Stadt wandelt, wenn man Hygiene und Brandschutz als öffentliche Güter betrachtet. Die charakteristische Eigenschaft öffentlicher Güter ist, dass sie von allen genutzt werden können, d.h. von ihrer Nutzung kann niemand ausgeschlossen werden. Der einzelne Akteur hat daher kein Interesse, einen kostenträchtigen Beitrag zur Produktion dieser Güter zu erbringen, da er auch so von ihnen profitieren kann. Das paradoxe Ergebnis wäre, dass das Gut nicht produziert wird, obwohl alle Akteure ein Interesse daran haben. Eine Lösung des Kollektivgutproblems sind herrschaftliche Eingriffe zur Produktion öffentlicher Güter, was sie zu einem wichtigen Thema einer ökonomischen Geschichte des Politischen macht. Eine andere Lösung wären Prozesse der Selbstorganisation, in denen die Akteure sich so organisieren, dass sie sich selbst in die Lage versetzen, öffentliche Güter bereitzustellen. Wie mittelalterliche Städte mit dem Problem der öffentlichen Güter Wasser, Hygiene und Brandschutz umgingen, zeigt Ulf Christian Ewert in diesem Beitrag.

Die zeitlich am weitesten zurückliegenden Untersuchungsgegenstände werden sodann von *Andrew Monson* behandelt. Er widmet seinen Beitrag einer von Margaret Levi aufgestellten Hypothese, derzufolge die Besteuerung durch den Herrschenden von der politischen Instabilität und der damit einhergehenden, subjektiv höheren Diskontrate künftiger Besteuerungen abhängt. Margaret Levi (1988) hatte diese Hypothese unter anderem am Beispiel der römischen Antike, genauer: am Beispiel des Übergangs von der Republik zum Prinzipat, vorgeführt. *Andrew Monson* untersucht in seinem Beitrag die Umwandlung Ägyptens vom hellenistischen Königreich zur römischen Provinz, einen besser mit Quellen belegten Fall, und kommt so nicht nur zu ähnlichen Ergebnissen wie Margaret Levi, sondern auch zu einer neuen Bewertung des Zusammenhangs zwischen Besteuerung und Instabilität in dieser Zeit.

Einen pfadabhängigen Prozess nehmen *Gerold Ambrosius* und *Christian Henrich-Franke* aus polit-ökonomischer Perspektive in den Blick. Die Integration der Infrastrukturen in Europa im Rahmen der neu gegründeten Europäischen Gemeinschaften verlief zunächst sehr schleppend. Grund hierfür, so ihre These, war die Persistenz älterer Organisationen und (formeller wie informeller) Institutionen, die aus dem 19. Jahrhundert und der Zwischenkriegszeit stammten und in Gestalt von Netzwerken (*epistemic communities*), Konventionen, Sitten oder positivem Recht ein Hindernis für den im europäischen Rahmen geplanten Neuanfang darstellten.

Anhand der Geschichte Mexikos untersucht *Jörg Faust* die Auswirkungen unterschiedlicher Formen autokratischer Herrschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung von Gesellschaften. Auch wenn zunehmend empirische Evidenz für eine ökonomische Dividende demokratischer Herrschaft vorliegt, so ist bislang nur unzureichend geklärt, warum einige Autokratien beachtliche ökonomische Modernisierungserfolge vorweisen konnten. Der Autor greift auf die Überlegungen der Neuen Institutionenökonomik zurück und diskutiert zunächst die Frage, inwiefern unterschiedliche politisch-institutionelle Arrangements die ökonomische Entwicklung von Gesellschaften beeinflussen. Anhand einer Aufteilung Mexikos in unterschiedliche Phasen politischer Ordnung versucht er zu belegen, wie von unterschiedlichen Formen autokratischer Herrschaft im Mexiko des 20sten Jahrhunderts unterschiedliche ökonomische Entwicklungsdynamiken ausgegangen sind.

Bruno S. Frey und *Daniel Waldenström* zeigen, dass die Untersuchung von Börsenkursen vor dem Zweiten Weltkrieg starke Hinweise unter anderem darauf gibt, wie sehr Regierungen und wirtschaftliche Akteure den Ausbruch des Krieges antizipierten – mehr, als dies aus anderen Quellen zu eruieren wäre. Ebenso lassen Börsenkurse erkennen, welche anderen Ereignisse durch vergleichsweise gut informierte Akteure antizipiert wurden und wie sie dies bewerteten. Auf diese Weise eröffnet sich ein Zugang zur Sicht der Zeitgenossen, der quasi mathematisch objektiviert ist und in mancher Hinsicht aussagekräftiger sein dürfte als beispielsweise Selbstzeugnisse Beteiligter. Die Ergeb-

nisse dieser Analyse führen daher zu einer partiellen Korrektur der Ergebnisse der klassischen Politikgeschichtsschreibung.

Ein ähnliches Problem thematisiert schließlich *Nikolaus Wolf*, der sich intensiv mit der Wirtschaftsgeschichte Polens in der Zwischenkriegszeit beschäftigt hat. Ein Problem, das ein Wirtschaftshistoriker alleine nicht lösen kann, ist der überraschend späte Ausstieg Polens aus dem Goldstandard – überraschend deshalb, weil die ökonomische Theorie einen früheren Ausstieg erwarten ließe. *Nikolaus Wolf* zeigt, dass hier politische Überlegungen eine Rolle spielen, die im ökonomischen Modell nicht berücksichtigt sind, aber den langen Verbleib im System des Goldstandards zu erklären vermögen. Die wirtschaftshistorische Modellierung hat jedoch einen Vorteil: Sie vermag hier auf ein Erklärungsproblem hinzuweisen, das man mit einer klassischen politikhistorischen Perspektive möglicherweise gar nicht wahrgenommen hätte.

*

Der vorliegende Themenband soll die Chancen und Grenzen der Rational-Choice-Theorie für die historische Analyse skizzieren und damit auch die Spielräume einer disziplinübergreifenden Kooperation zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft ausloten. Reaktionen, Kritiken, aber auch Weiterführungen der vorgestellten Ansätze sind daher mehr als willkommen. Tatsächlich sind klassisch „kulturelle“ Themen in den hier vorliegenden Aufsätzen nur wenig berücksichtigt. Das kann sich jedoch ändern; nicht umsonst wird in den Sozialwissenschaften seit Jahren über das Potential von Rational Choice für kulturspezifische Analysen diskutiert. Historiker und Politikwissenschaftler haben hier mit Sicherheit noch viel zu sagen.

*

Disziplinübergreifenden Fragestellungen Platz zur Erörterung zu geben, ist keine Selbstverständlichkeit. Recht herzlich möchten wir uns daher bei Wilhelm Heinz Schröder und der Zeitschrift *Historical Social Research/ Historische Sozialforschung* bedanken. Dass solche Fragestellungen schon lange im Zentrum für Historische Sozialforschung im Mittelpunkt stehen, durfte einer der Herausgeber auch persönlich in Köln bei einem früheren Besuch des postgraduierten ZHSF-Methodenseminars erfahren. Bedanken möchten wir uns auch bei der Redaktion der Zeitschrift, insbesondere bei Cornelia Baddack und bei Okka Djuren, für die kooperative Zusammenarbeit sowie bei Sofi Jedinger, Jürgen Sirsch und Doris Unger für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung des Bandes.

Referenzen

- Bates, Robert (1997): *Open Economy Politics. The Politics and Economics of the International Coffee Market*. Princeton.
- Bates, Robert (1998): "The International Coffee Organization. An International Institution". In: Bates, Robert u.a.: *Analytic Narratives*. Cambridge. S. 194-230.
- Bates, Robert/de Figueiredo, Rui/Weingast, Barry R. (1998): "Rationality and Interpretation: The Politics of Transition". In: *Politics and Society*. Vol. 26. S. 603-642.
- Bueno de Mesquita, Bruce (2000): "The Concordat of Worms and the Origins of Sovereignty". In: *International Studies Review*. 2 (2). S. 93-118.
- David, Paul (1985): "Clio and the Economics of QWERTY". In: *American Economic Review*. Vol. 75. S. 332-337.
- David, Paul (1994): "Why are Institutions the 'Carriers of History'? Path Dependence and the Evolution of Conventions, Organizations, and Institutions." In: *Structural Change and Economic Dynamics*. 5 (2). S. 205-220.
- de Figueiredo, Rui/McFaul, Michael/Weingast, Barry R. (2007): "Constructing Self-Enforcing Federalism in the Early United States and Modern Russia". In: *Publius. The Journal of Federalism Advance*. 37. S. 160-189.
- de Figueiredo, Rui/Rakove, Jack/Weingast, Barry R. (2006): "Rationality, Inaccurate Mental Models, and Self-confirming Equilibrium. A New Understanding of the American Revolution". In: *Journal of Theoretical Politics*. 18 (4). S. 384-415.
- Greif, Avner (1994): "Cultural Beliefs and the Organization of Society: A Historical and Theoretical Reflection on Collectivist and Individualist Societies". In: *The Journal of Political Economy*. 102 (5). S. 912-50.
- Greif, Avner (1998): "Self-enforcing Political Systems and Economic Growth. Late Medieval Genoa". In: Bates, Robert u.a.: *Analytic Narratives*. Cambridge. S. 23-63.
- Greif, Avner (2006): *Institutions and the Path to the Modern Economy. Lessons from Medieval Trade*. New York.
- Greif, Avner/Milgrom, Paul/Weingast, Barry R. (1994): "Coordination, Commitment and Enforcement. The Case of the Merchant Guild". In: *Journal of Political Economy*. 102 (3). S. 745-776.
- Hoffman, Philipp T./Postel-Vinay, Gilles/Rosenthal, Jean-Laurent (2000): *Priceless Markets. The Political Economy of Credit in Paris, 1662-1869*. Chicago.
- Levi, Margaret (1988): *Of Rule and Revenue*. Berkeley.
- Levi, Margaret (1997): *Consent, Dissent, and Patriotism*. New York.
- Levi, Margaret (1998): "Conscription. The Price of Citizenship". In: Bates, Robert u.a.: *Analytic Narratives*. Cambridge. S. 109-147.
- Levi, Margaret/Bates, Robert (Hg.) (1988): "The Political Economy of French and English Development". In: *Politics & Society*. 16 (2-3) (Special Issue).
- Levy, Jack S. (1990-1991): "Preferences, Constraints, and Choices in July 1914". In: *International Security*. 15 (3). S. 151-186.
- Levy, Jack S./Thompson William R. (2005): "Hegemonic Threats and Great Power Balancing in Europe, 1495-2000". In: *Security Studies*. 14 (1). S. 1-30.

- Lindenberg, Siegwart (1989): "Social Production Functions, Deficits, and Social Revolutions: Pre-revolutionary France and Russia". In: *Rationality and Society*. 1 (1). S. 51-77.
- Milgrom, Paul/North, Douglass C./Weingast, Barry R. (1990): "The Role of Institutions in the Revival of Trade. The Medieval Law Merchant". In: *Economics and Politics*. 2. S. 1-23.
- North, Douglass C. (1981): *Structure and Change in Economic History*. New York.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge.
- North, Douglass C./Thomas, R. P. (1971): "The Rise and Fall of the Manorial System. A Theoretical Model". In: *Journal of economic history*. 31. S. 777-803.
- North, Douglass C./Weingast, Barry R. (1989): "Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in 17th Century England". In: *Journal of Economic History*. 49. S. 803-32.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action*. Harvard.
- Ostrom, Elinor (1990). *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. New York.
- Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*. Tübingen.
- Pierson, Paul (2000): "Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics". In: *The American Political Science Review*. 94 (2). S. 251-267.
- Pierson, Paul (2004): *Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton.
- Rosenthal, Jean-Laurent (1992): *The Fruits of Revolution. Property Rights, Litigation and French Agriculture (1700-1860)*. New-York.
- Rosenthal, Jean-Laurent (1998): "The Political Economy of Absolutism Reconsidered". In: Bates, Robert A. et al.: *Analytic Narratives*. Princeton. S. 63-108.
- Volckart, Oliver (2002a): *Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung in Politik und Wirtschaft. Deutschland in Mittelalter und Früher Neuzeit*. Marburg.
- Volckart, Oliver (2002b): *Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung im vormodernen Deutschland, 1000-1800*. Tübingen.
- Weingast, Barry R. (1995): "A Rational Choice Perspective on the Role of Ideas. Shared Belief Systems and State Sovereignty in International Cooperation". In: *Politics and Society*. 23. S. 449-464.